In der Senatssitzung am 23. Juni 2020 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

22.06.2020

2. Neufassung

Vorlage für die Sitzung des Senats am 23.06.2020

„Corona-Prämie für Mitarbeitende in Pflegeeinrichtungen“

A. Problem

Das zweite Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite wurde am 19.05.2020 im Bundesgesetzblatt verkündet und ist zwischenzeitlich überwiegend in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz wurde das SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) um § 150a SGB XI erweitert. Diese Vorschrift sieht Sonderleistungen für Mitarbeitende von Pflegeeinrichtungen (Corona-Prämie) vor.

Die Corona-Prämie aus Mitteln der Pflege- und der Krankenkassen beträgt gem. § 150a Abs. 2 SGB XI gestaffelt bis zu € 1.000,-- (bei Vollzeitkräften) im Einzelfall. Bei Teilzeitmitarbeitenden, kurzfristig beschäftigten Mitarbeitenden und Auszubildenden ist eine anteilige Berechnung der Prämie vorgesehen. Sie wird einmalig von den Pflegeeinrichtungen ausgezahlt. Diese erhalten die entsprechenden Beträge von den Pflege- und Krankenkassen im Wege der Vorauszahlung.

Die Corona-Prämie kann nach § 150a Abs. 9 SGB XI durch die Länder oder die zugelassenen Pflegeeinrichtungen auf bis zu einmalig € 1.500,-- (bei Vollzeitkräften) aufgestockt werden.

B. Lösung

Der Senat hat im Rahmen seiner Sitzung am 12. Mai erörtert, die Prämie im Land Bremen entsprechend aufzustocken und eine entsprechende Lösung im Rahmen der Senatspressekonferenz angekündigt.

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport schlägt nunmehr vor, die Prämie auf bis zu € 1.500,-- aus Landesmitteln aufzustocken. Die zugelassenen Pflegeeinrichtungen haben bereits zu erkennen gegeben, dass ihnen die finanziellen Spielräume zur (Mit-)Finanzierung der ergänzenden Prämie nicht zur Verfügung stehen. Eine Beteiligung der zugelassenen Pflegeeinrichtungen kann somit nicht realisiert werden. Nach dem bisherigen Kenntnisstand planen alle Bundesländer die Auszahlung einer Landesprämie. Bremer Pflegekräfte, die nicht nur in Pandemiezeiten eine gute und gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten, sollen im Bundesvergleich nicht schlechter gestellt werden.

Es wird insofern vorgeschlagen, die Aufstockung der Prämie aus Landesmitteln bis zur Höhe von € 500,-- (bei Vollzeitkräften) zu zahlen und eine zeitnahe Auszahlung der Prämie noch in 2020 sicherzustellen. Eine analoge und anteilige Aufstockung der Prämie bei Teilzeitmitarbeitenden, kurzfristig beschäftigten Mitarbeitenden und Auszubildenden soll unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen gem. § 150a Absätze 2 bis 6 und 8 SGB XI ebenfalls erfolgen. Das gilt entsprechend für Beschäftigte, die im Rahmen von Arbeitnehmerüberlassung oder eines Werk- oder Dienstleistungsvertrages in der Pflege eingesetzt werden.

Eine Finanzierung dieser Sonderleistung ist im Rahmen des regulären Budgets des Produktplans 41, Jugend und Soziales, nicht möglich, weil entsprechende Haushaltsmittel für die Folgen der Pandemie bisher für den Haushalt 2020 nicht eingeplant waren und auch nicht zur Verfügung stehen. Eine Umschichtung innerhalb des Produktplans 41 ist dem Ressort nicht möglich.

Die Finanzierung soll daher im Rahmen des Bremen-Fonds (Land) zur Bewältigung der Corona-Pandemie erfolgen.

Die Gewährung der Prämie stellt eine kurzfristige Maßnahme zur Verhinderung sozialer Verwerfungen im Rahmen der Vorgaben zum Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie dar. Von den Auswirkungen der Corona-Pandemie sind im hohen Maße Mitarbeitende in Pflegeeinrichtungen betroffen. Sie mussten und müssen unter sehr erschwerten Bedingungen pflegebedürftige Menschen betreuen. Die Corona-Prämie dient dazu, bisherige überobligatorische Anstrengungen von Pflegekräften, auf die das Gemeinwesen während der Corona-Pandemie angewiesen ist, zu honorieren und zu weiterem entsprechendem Verhalten anzuspornen.

Die verwaltungstechnische Umsetzung und das Auszahlungsverfahren sind noch abzustimmen. Favorisiert wird eine Auszahlung durch die Kranken- und Pflegekassen und eine Vorabzahlung seitens des Landeshaushaltes. Die Gespräche mit den Kranken- und Pflegekassen wurden bereits aufgenommen. Ziel ist der Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung. Die Kassen stimmen sich auf Bundesebene ab. Gegenstand einer Vereinbarung werden auch Möglichkeiten einer korrekten Auszahlung sein. Bei einer Auszahlung durch die Kranken- und Pflegekassen würden sich keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen ergeben.

Unabhängig von der abschließenden Klärung des Auszahlungsverfahrens ist die Entscheidung über die Aufstockung der Prämie schon vorab zu treffen. Die Entscheidung des Senats wäre die Grundlage für den Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit den Pflege- und Krankenkassen.

Mit dem in der Anlage beigefügten Entwurf einer „Bekanntmachung über die Erhöhung der Corona-Prämie im Land Bremen nach § 150a Absatz 9 des Elften Buches Sozialgesetzbuch“ wäre auch in formaler Hinsicht eine hinreichende Grundlage geschaffen.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung

Durch die Aufstockung entstehen im Haushaltsjahr 2020 einmalig Finanzbedarfe in Höhe von bis zu 5 Millionen Euro im Landeshaushalt. Sie sind aus Mitteln des Bremen-Fonds (Land) zu finanzieren. Ein entsprechender Titel ist in den Produktplan 95, Bremen Fonds, einzustellen.

Bei einer Auszahlung der Prämie durch die Pflege- und Krankenkassen werde diese Verwaltungskosten in noch auszuhandelnder Höhe geltend machen. Diese ggfs. entstehenden Kosten sind bereits in der Gesamtsumme von 5 Millionen Euro berücksichtigt.

Von den Corona-Prämien wären rund 83 % Frauen betroffen. Gerade in der Pflege sind heute noch immer weit überwiegend Frauen tätig. Insofern ist die Zahlung der Prämie aus frauenpolitischen Erwägungen heraus besonders zu begrüßen.

E. Beteiligung/Abstimmung

Die Abstimmung der Vorlage mit dem Senator für Finanzen ist erfolgt. Die Senatorin für Justiz und Verfassung hat den Entwurf der Bekanntmachung rechtsförmlich geprüft.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

1. Der Senat beschließt die „Bekanntmachung über die Erhöhung der Corona-Prämie für Beschäftigte in der Pflege im Land Bremen nach § 150a Absatz 9 des Elften Buches Sozialgesetzbuch“ und deren Veröffentlichung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen nach Beschlussfassung im Haushalts- und Finanzausschuss und stimmt damit der aufstockenden Finanzierung der Corona-Prämie gemäß § 150a Abs. 9 SGB XI in Höhe von bis zu € 500,- im Einzelfall zu. Eine analoge und anteilige Aufstockung der Prämie bei Teilzeitmitarbeitenden, kurzfristig beschäftigten Mitarbeitenden und Auszubildenden (gem. § 150a Absätze 2 bis 6 und 8 SGB XI) soll erfolgen. Die Finanzierung der aufstockenden Landesleistungen mit einem Budgetrahmen von insgesamt bis zu 5 Millionen Euro im Landeshaushalt soll aus dem Bremen-Fonds zur Bewältigung der Corona-Pandemie im Produktplan 95, Bremen-Fonds, erfolgen.
2. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport wird gebeten, die verwaltungstechnische Umsetzung der Auszahlung der Corona-Prämie zu entwickeln. Kontroll- und Prüfmöglichkeiten sind zu berücksichtigen.
3. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport wird gebeten, dem Senat bis zum Ende des Haushaltsjahres 2020 über die gewährten Leistungen zu berichten.
4. Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport wird gebeten, die haushaltsrechtlichen Ermächtigungen über den Senator für Finanzen nach Befassung der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.

Antragsformular Bremen-Fonds

Senatssitzung:	Vorlagennummer:	Maßnahmenbezeichnung/Titel der Senatsvorlage:
23.06.2020		Corona-Prämie für Mitarbeitende in Pflegeeinrichtungen

Maßnahmenkurzbeschreibung:

Bitte beschreiben Sie in zwei bis drei Sätzen den Kern der Maßnahme.

Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen des SGB XI (Pflegeversicherung) ist beabsichtigt, die Corona-Prämie der Pflege- und Krankenkassen anteilig auf bis zu € 1.500,-- einzelfallbezogen aufzustocken. Landesmittel würden bis zur Höhe von € 500,-- einzelfallbezogen gewährt.

Maßnahmenzeitraum und –kategorie (Zuordnung Schwerpunktbereiche 1-4):

Beginn: Juli 2020	voraussichtliches Ende: Dezember 2020
----------------------	--

Zuordnung zu (Auswahl):
Kurz oder mittelfristige Maßnahmen zur Verhinderung sozialer Verwerfungen

Zielgruppe/-bereich:

(Wer wird unterstützt?)

Zielgruppe: Mitarbeitende in Pflegeeinrichtungen im Bundesland Bremen	Bereich, Auswahl: <ul style="list-style-type: none">- Gesundheitsversorgung- Versorgungssicherheit
--	---

Maßnahmenziel:

Von den Auswirkungen der Corona-Pandemie sind im hohen Maße Mitarbeitende in Pflegeeinrichtungen betroffen. Sie mussten und müssen unter sehr erschwerten

Bedingungen pflegebedürftige Menschen betreuen. Die Corona-Prämie hat den Zweck einer Wertschätzung für diese besonderen Anforderungen und schafft einen Ausgleich für die Mehrbelastung durch die erschwerten Bedingungen. Die Prämie soll vor allem auch ein Ansporn für die Zukunft sein, denn gerade die Mitarbeitenden in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen werden im weiteren Verlauf der Pandemie unbedingt und umfassend weiter benötigt. Von den Corona-Prämien wären rund 83 % Frauen betroffen. Auswirkungen auf die Klimaverträglichkeit sind nicht vorhanden.

Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung <i>[Ergänzungsfeld]</i>	Einheit	2020	2021
Mitarbeitende in Pflegeeinrichtungen	Personen	12.100	
Ausgezahlte Summe im Land Bremen	€	5.000.000	

Begründungen und Ausführungen zu

1. dem eindeutigen, nachweisbaren Bezug der Maßnahme zur Corona-Pandemie:

(Inwieweit dient die Maßnahme unmittelbar zur Bewältigung der Corona-Pandemie bzw. mittelbar für die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie (Kausalität)?)

Mitarbeitende in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen waren und sind in besonderen Maße von der Pandemie betroffen. Sie haben die Pflegebedürftigen unter allgemein anerkannten sehr schwierigen Bedingungen betreut und gepflegt. Selbst waren die Mitarbeitenden häufig dem eigenen Risiko einer Infektion ausgesetzt.

Der Bundesgesetzgeber hat speziell aus diesem Grund mit einer Ergänzung im Recht der Pflegeversicherung die Gewährung von Sonderleistungen vorgesehen. Die entsprechenden Landesmittel sind explizit in § 150a Abs. 9 SGB XI vorgesehen.

2. der Erforderlichkeit der Maßnahme im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie:

(Ist die Maßnahme erforderlich zur Bewältigung der Corona-Pandemie bzw. deren Folgen?)

Das zweite Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite wurde am 19.05.2020 im Bundesgesetzblatt verkündet und ist überwiegend bereits in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz wurde das SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) um § 150a SGB XI erweitert. Diese Vorschrift sieht Sonderleistungen für Mitarbeitende von Pflegeeinrichtungen (Corona-Prämie) vor. Mit der Prämie soll die Wertschätzung der geleisteten Arbeit der Mitarbeitenden in der Pflege ausgedrückt werden. Damit hat der Bundesgesetzgeber der Erforderlichkeit der Maßnahme eine entsprechende Basis gegeben.

2.1. Dazu als Orientierung/ Information: Bestehen ähnliche/vergleichbare Maßnahmen in anderen Bundesländer?
(Bundesländer und (Förder-)Maßnahme auflisten bzw. Verweis auf bundesweite Mehraufwendungen) *[Ergänzungsfeld]*

Nach dem bisherigen Kenntnisstand planen alle oder zumindest fast alle Länder die Auszahlung der Landesprämie gem. § 150a SGB XI.

3. dem Schadensbewältigungscharakter der Maßnahme
(Schadensbeseitigung, -minderung, -vermeidung):
(Handelt es sich um eine vorrangig temporär erforderliche Maßnahme zur Beseitigung/Minderung/Vermeidung von Schäden/negativen Folgen der Corona-Pandemie? Um welche Schäden handelt es sich?)

Mit der Prämie sollen die Mitarbeitenden in der Pflege auch weiterhin motiviert werden, ihre unbedingten und nicht zu ersetzenden Tätigkeiten zu verrichten. Auch kann damit die Nachfrage nach Gütern gesteigert werden.

4. anderweitige Finanzierungsmöglichkeiten:
(Welche anderen öffentl. Finanzierungen z.B. Bremische Programmmittel oder EU- oder Bundesmittel sind geprüft worden?)

Diese Leistung ist ausdrücklich für den o. g. Zweck gesetzlich vorgesehen. Andere bremische Programmmittel, EU- oder Bundesmittel stehen nicht zur Verfügung.

5. Darstellung der Klimaverträglichkeit [Ergänzungsfeld]

Auswirkungen auf die Klimaverträglichkeit sind nach Auffassung des Ressorts nicht vorhanden.

6. Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter [Ergänzungsfeld]

Von der Corona-Prämie wären zu rund 83 % Frauen betroffen. Gerade in der Pflege sind heute noch immer weit überwiegend Frauen beschäftigt. Insofern ist die Zahlung der Prämie aus frauenpolitischen Erwägungen heraus besonders zu begrüßen.

Ressourceneinsatz:					
Betroffener Haushalt: (Beträge in T €)					
☒ LAND			☐ STADT		
Aggregat	Betrag 2020	Betrag 2021	Aggregat	Betrag 2020	Betrag 2021
Mindereinnahmen			Mindereinnahmen		
Personalausgaben			Personalausgaben		
VZÄ (plus Angabe Dauer in Monaten)			VZÄ (plus Angabe Dauer in Monaten)		
Konsumtiv	Ca. € 5 Millionen		Konsumtiv		
Investiv			Investiv		
Verrechnung/Erst. an Bremen					
Verrechnung/Erst. an Bremerhaven					

Geplante Struktur:
Verantwortliche Dienststelle:
Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport
a) Im Rahmen der Regeltätigkeit Referat XY:
b) Gesondertes Projekt:
Ist noch zu klären
Ansprechperson: Frau Sabine Nowack (Referat 400-32), Herr Holger Adamek (Referat 30)

Beigefügte Unterlagen:

WU-Übersicht

ja

nein

ja

nein

ja

nein

Bekanntmachung über die Erhöhung der Corona-Prämie im Land Bremen nach § 150 a Absatz 9 des Elften Buches Sozialgesetzbuch

Beschlussdatum

Der Senat bestimmt:

§ 1

Erhöhung der Corona-Prämie für Beschäftigte, Freiwilligenkräfte und Auszubildende in zugelassenen Pflegeeinrichtungen

Die Corona-Prämie wird nach § 150a Absatz 9 Satz 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch auf folgende Beträge erhöht:

1. auf 1500 Euro für Vollzeit-, Teilzeit- oder in Kurzarbeit Beschäftigte, die die in § 150a Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 des Elften Buches Sozialgesetzbuch genannten Voraussetzungen erfüllen,
2. auf 1000 Euro für Vollzeit-, Teilzeit- oder in Kurzarbeit Beschäftigte, die die in § 150a Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 des Elften Buches Sozialgesetzbuch genannten Voraussetzungen erfüllen,
3. auf 500 Euro für alle übrigen Vollzeit-, Teilzeit- oder in Kurzarbeit Beschäftigten einer zugelassenen Pflegeeinrichtung,
4. auf 150 Euro für die in § 150a Absatz 2 Satz 2 des Elften Buches Sozialgesetzbuch genannten Personen sowie
5. auf 900 Euro für die in nach § 150a Absatz 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch genannten Auszubildenden.

§ 2

Erhöhung der Corona-Prämie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Rahmen von Arbeitnehmerüberlassung oder von Werk- oder Dienstleistungsverträgen eingesetzt werden

§ 1 Nummer 1 bis 3 gelten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne von § 150a Absatz 1 Satz 2 des Elften Buches Sozialgesetzbuch nach § 150a Absatz 9 Satz 2 des Elften Buches Sozialgesetzbuch entsprechend.

§ 3

Verfahren

Das Verfahren nach § 150a Absatz 9 Satz 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch regelt die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport; nach Möglichkeit soll dies im Rahmen von Vereinbarungen mit den Pflegekassen unter Anlehnung an die von § 150a des Elften Buches Sozialgesetzbuch vorgegebenen Verfahrensregelungen erfolgen.

§ 4

Inkrafttreten

Die Bekanntmachung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Beschlossen, Bremen, den

Der Senat